



*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,*

eine vollgepackte letzte Plenarwoche vor der sitzungsfreien Zeit liegt hinter mir. Als Familienpolitikerin freut es mich besonders, dass wir zwei große Vorhaben in Sachen Frauenrechte umsetzen konnten: Mit der Verschärfung des Sexualstrafrechts schließen wir Strafbarkeitslücken und setzen ein klares Zeichen: Wenn jemand einen sexuellen Kontakt nicht will, ist das ohne Wenn und Aber zu akzeptieren. Der Grundsatz „Nein heißt Nein“ wurde quer durch alle Fraktionen von Politikerinnen und Politikern unterstützt und ganz maßgeblich von der Unionsfraktion im parlamentarischen Verfahren vorangetrieben. Damit reagieren wir nicht zuletzt auch auf die Ereignisse der Silvesternacht in Köln und bei anderen Anlässen wie zum Beispiel Faschingsnacht, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden.

Ein weiterer Meilenstein ist das Prostituiertenschutzgesetz, mit dem wir endlich das rot-grüne Prostitutionsgesetz von 2002 zu den Akten legen. Es war überfällig, das Prostitutionsgewerbe in Deutschland stärker zu regulieren, um menschenunwürdige Zustände zu beseitigen und die organisierte Kriminalität zurückzudrängen. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit diesem Gesetz auch ein starkes Signal an unsere Nachbarstaaten und den internationalen Menschenhandel senden, so dass zukünftig hoffentlich nicht mehr von Deutschland als dem „Puff Europas“ die Rede sein wird.

Auch in Sachen internationaler und EU-Politik war die Woche spannend. Die Nachwehen des Brexit beschäftigen uns natürlich weiterhin sehr. Nach dem ersten Schock über den Ausgang des Referendums ist nun die britische Regierung gefragt, die Austrittsverhandlungen zügig in die Wege zu leiten und das zukünftige Verhältnis Großbritanniens zur Europäischen Union zu gestalten. Für mich

bleibt die Brexit-Kampagne gerade mit Blick auf die jüngere Generation ein mahndendes Beispiel dafür, dass wir das politische Feld nicht den Populisten überlassen dürfen, wenn wir den Wohlstand und die Sicherheit der Bevölkerung langfristig sichern wollen.

Darauf hat auch unsere Bundeskanzlerin bei ihrer Regierungserklärung zum NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 in Warschau hingewiesen. Wir als Europäische Union müssen uns um die großen Fragen kümmern, auf die nur ein geeinter Kontinent angemessene Antworten geben kann. Und hierzu passt auf nationaler Ebene unser neues Integrationsgesetz. Unter dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ erleichtern wir Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt, definieren aber auch ganz genau Pflichten und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich verabschiede mich nun in die „Sommerpause“ – die aber nur eine Unterbrechung des Berliner Sitzungsbetriebs ist. Neben einem Urlaub mit meiner Familie geht die politische Arbeit natürlich auch in den nächsten Monaten für mich weiter. Viele Themen von Brexit bis Grexit bleiben brisant, und dann steht ja noch meine Sommertour im Wahlkreis vom 18. bis zum 27. August an. Eine Terminübersicht finden Sie demnächst hier auf der Website. Ich hoffe, dass ich viele von Ihnen vor Ort treffen werde und freue mich schon jetzt auf anregende Begegnungen bei Unternehmen, Vereinen und den wunderbaren Festen unserer Region.

*Ihre Ursula Groden-Kranich*